

Aachen, 03.03.2022

## Verlautbarung der Aachener Ratsfraktionen

### „Aachener Ratsfraktionen unterstützen solidarisch die Ukraine“

Mit dem durch Putin gestarteten völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine wird in unserer europäischen Nachbarschaft einem Staat die Unabhängigkeit und rund 40 Millionen Menschen das Recht zur Selbstbestimmung abgesprochen.

Der Einsatz ungebremster militärischer Gewalt verursacht Leid, Existenzangst, Massenflucht und Unterdrückung der Demokratie. Die Wiederkehr solcher Gewaltanwendung entgegen aller Werte der freiheitlich-rechtsstaatlichen Grundordnung parlamentarischer Demokratien und der Menschenrechte erlaubt weder zu schweigen noch untätig zu bleiben. Deshalb setzen sich alle Fraktionen des Aachener Stadtrates dafür ein, ein deutliches Zeichen der Solidarität zu senden und, wo immer möglich, unbürokratische und schnelle Hilfe auf den Weg zu bringen.

Die Aachener Ratsfraktionen unterstützen solidarisch die Ukraine und alle ukrainischen Städte und rufen daher zu folgenden gemeinsamen Maßnahmen auf:

1. Als Zeichen der weithin sichtbaren Unterstützung begrüßen wir es, wenn geeignete Gebäude in den Landesfarben der Ukraine angestrahlt werden.
2. Als Zeichen der weithin sichtbaren Unterstützung begrüßen wir es, wenn geeignete Plätze mit der ukrainischen und der europäischen Fahne beflaggt werden.
3. Die Stadt Aachen ist stets bereit, Geflüchteten einen sicheren Hafen zu bieten. Eine entsprechende Resolution haben alle sechs Stadtrats-Fraktionen im vergangenen Jahr bekräftigt. Auch aktuell bereitet sich die Stadt auf die Aufnahme von Geflüchteten vor und ist in engem Kontakt mit Land, StädteRegion, Städtetag und allen weiteren wichtigen Institutionen und Organisationen. Bei Bedarf sollen die Kapazitäten zur Aufnahme von Geflüchteten an die aktuelle Entwicklung angepasst werden. Das begrüßen wir ausdrücklich.
4. Die Spendenbereitschaft der Menschen ist riesig und das freut uns. Sachspenden sind oft hilfreich, doch die Lager der Region sind nach Auskunft der zuständigen Stellen voll. Daher ist es nach unseren Informationen im Moment ganz besonders hilfreich, Geld zu spenden. Damit das Geld zielgerichtet dort ankommt, wo es dringend benötigt wird, rufen wir dazu auf, sich an der Spendenaktion *Deutschland Hilft* zu beteiligen.  
<https://www.aktion-deutschland-hilft.de/>
5. Wir bitten die Oberbürgermeisterin, die bereits im engen Austausch mit dem Deutschen Städtetag ist, sich dafür einzusetzen, dass alle Solidaritätsmaßnahmen von deutschen Kommunen gebündelt und medial bundes- und europaweit publik gemacht werden. Hierüber sollen Medienorgane der Russischen Föderation, besonders online, breitest möglich und mit konstruktiver Tonalität unterrichtet werden - durch den Deutschen Städtetag, oder sonst durch die Stadt Aachen selbst.

6. Dem Vorbild der polnischen Bahn, der tschechischen Bahn und der Deutschen Bahn (für den Fernverkehr) die die Bahnnutzung für ukrainische Geflüchtete ohne Ticket ermöglichen möchten wir den Menschen aus der Ukraine in Aachen nicht nur Unterkunft, sondern auch einfache und schnelle Mobilität anbieten. Daher begrüßen wir die Entscheidung des AVVs, die Bus- und Bahnnutzung für ukrainische Geflüchtete mit dem „0 Euro Ticket“ kostenfrei zu ermöglichen.
7. Wir bitten darum, dass sich die Stadt Aachen in Abstimmung mit der Städteregion Aachen und dem Land NRW dafür einsetzt, den Aufenthaltsstatus für Ukrainer\*innen, deren visafreier Aufenthalt ausläuft, durch eine Allgemeinverfügung der Ausländerbehörde gemäß § 40 AufenthV aufgrund eines Ausnahmefalls im Sinne von Art. 20 Abs 2. des Schengener Durchführungsabkommens um 90 Tage zu verlängern – wie in Berlin bereits erfolgt.
8. Wir bitten die Oberbürgermeisterin, den Deutschen Städtetag, die Nachbarkommunen - auch in der Euregio - und die europäischen Partnerstädte über diese Initiative zu unterrichten und diese zu ermutigen - sofern noch nicht geschehen - ähnliche Maßnahmen zu ergreifen.
9. Abschließend bitten wir die Verwaltung, auf der Tagesordnung der nächsten Ratssitzung einen Tagesordnungspunkt vorzusehen, unter dem zu allen Aktivitäten und unterstützenden Maßnahmen berichtet wird.

Aachen steht zusammen. Solidarisch für die Menschen in der Ukraine und in der Hoffnung, dass noch schlimmeres Leid verhindert werden kann und der gewaltsame Angriff Putins auf die Ukraine ein schnelles Ende findet.



Monika Wenzel  
Sprecherin Grüne-Fraktion



Iris Lürken  
Vorsitzende CDU-Fraktion



Michael Servos  
Vorsitzender SPD-Fraktion



Jörg Bogoczek  
Fraktionssprecher DIE Zukunft/Volt



Wilhelm Helg  
Vorsitzender FDP-Fraktion



Leo Deumens  
Vorsitzender Fraktion DIE LINKE

**Neue Coronaschutzverordnung**

Nach Beschluss des Deutschen Bundestags gilt seit Samstag (19. März) ein neues Infektionsschutzgesetz. Angesichts der zunehmenden Anzahl der Coronainfektionen nutzt jedoch die nordrhein-westfälische Landesregierung die Übergangsregelung im Gesetz und verlängert viele der bisher geltenden Schutzmaßnahmen der Coronaschutzverordnung bis zum 2. April. So bleiben Maskenregelungen in Innenräumen weiter bestehen. Im Freien entfällt die Maskenpflicht. Persönliche Kontaktbeschränkungen für nicht immunisierte Personen (private Treffen bisher nur mit eigenem Haushalt oder max. zwei Personen aus einem weiteren Haushalt) sowie Zugangsbeschränkungen für Versammlungen fallen weg. Auch die prozentualen Kapazitätsbegrenzungen und festen Personenobergrenzen für Einrichtungen und Veranstaltungen entfallen, so zum Beispiel für den Besuch von Sportveranstaltungen. Diverse Zugangsbeschränkungen (etwa für Jugendarbeit, Sport im Freien und Versammlungen, Trauungen und Feiern in Privaträumen) werden aufgehoben.

Für Großveranstaltungen gilt künftig 3G und nicht mehr 2G+. Für Volksfeste gilt zukünftig ebenfalls 3G. Auch die Maskenpflicht im Freien wird dort, wo sie bisher noch galt, aufgehoben. Es gilt weiterhin die Empfehlung, in Situationen mit vielen Menschen auf engem Raum einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen.

Krankenhäuser halten an Testpflicht für alle Besucher\*innen fest. Weiterhin 2G - PLUS TEST für Krankenhaus-Besucher\*innen

Ab sofort erfolgen für die Verwaltungsgebäude von Stadt und StädteRegion Aachen keine 3 G-Kontrollen mehr. Die Maskenpflicht für Besucher\*innen gilt weiterhin. Wo Abstände nicht eingehalten werden können, müssen auch Mitarbeitende eine Maske tragen. Das gilt insbesondere in Beratungssituationen und beim Kontakt zu Besucher\*innen, wenn andere Schutzmaßnahmen wie Spuckschutzwände nicht greifen.

Für politische Sitzungen schreibt die Coronaschutzverordnung weiterhin die 3 G-Pflicht fest.

**Zahlen zum Infektionsgeschehen**

Insgesamt sind in der StädteRegion Stand 29. März 2022 129.798 Menschen nachgewiesen infiziert. Durch die aktuelle Test- und Quarantäneverordnung reicht ein Schnelltest aus, um sich in Quarantäne zu begeben. Dieser reicht auch zur Freitestung. Dem Gesundheitsamt werden nur positive PCR-Tests gemeldet, was dazu führt, dass die gemeldeten Zahlen nicht zwingend vollständig sind. Die Dunkelziffer kann nach wie vor höher sein.

Dennoch ist die Zahl der Neuinfektionen und somit der Inzidenzen im Vergleich zum letzten Monat erneut gestiegen. In der StädteRegion liegt die Sieben-Tage-Inzidenz laut RKI am 29. März 2022 bei 1.245 (16. Februar: 1.100).

Die Leitindikatoren, die seit einigen Monaten als Maß für die Coronabeschränkungen angewandt werden haben sich jedoch zum Teil verbessert. ([https://www.lzq.nrw.de/inf\\_schutz/corona\\_meldelage/index.html](https://www.lzq.nrw.de/inf_schutz/corona_meldelage/index.html))

Die 7-Tage-Hospitalisierungsinzidenz gemäß IfSG ist etwas gestiegen und liegt bei 7,27 (6,43), gesunken hingegen ist der Anteil COVID-19-Patienten an betreibbaren Intensivbetten DIVI-Intensivregister: 9,26% (11,03 %) und die 7-Tage-Inzidenz des Landes NRW gemäß IfSG: 1.368,3 (1.437,1). Diese Werte sind vom 29. März 2022 (Februarzahlen in Klammern). Momentan gibt es unter zehn freie Intensivbetten in der StädteRegion.

Die aktuelle Lage der derzeit infizierten Kinder und Jugendlichen (Stand KW 12):

	StädteRegion Aachen		Stadt Aachen	
	absolut	relativ	absolut	relativ
<b>U6</b>	287	3,52%	118	3,45%
<b>6-18</b>	1304	15,99%	510	14,91%
<b>Gesamt</b>	8157		3420	

Die Zahl 6-18 Jahren gibt ungefähr die Zahl der betroffenen Schulkinder wieder. Aufgrund der wegfallenden Testpflicht wird das Gesundheitsamt diese Zahlen in Zukunft nicht mehr erheben.

Aachen, den 16.02.2022

**RESOLUTION DES RATES DER STADT AACHEN**

**Drohende Standortschließung der Bezirksregierung Köln – Erhalt der Arbeitsplätze in Aachen**

1. Der Rat der Stadt Aachen hat von einer möglichen Verlagerung des Standorts von Aachen nach Köln aus der Presse erfahren und würde eine direkte Aufklärung durch die Bezirksregierung begrüßen. Hierzu bittet der Rat die Oberbürgermeisterin, zur nächsten Sitzung des Rates eine Vertreter\*in der Bezirksregierung einzuladen.
2. Wir setzen uns dafür ein, den Standort Aachen und die damit verbundenen Arbeitsplätze in Aachen zu erhalten.
3. Wir halten eine teilweise Dezentralisierung einer Behörde, wie der Bezirksregierung Köln, aufgrund von lokalen Bedürfnissen und Vernetzung in die Kommunen für sinnvoll und bitten daher zu prüfen, ob Dezentralisierung an dieser Stelle in geeigneter Form weiterhin möglich ist.
4. In diesem Zusammenhang kann es sinnvoll sein, im Rahmen eines zukunftsorientierten Arbeitsplatzangebotes, den Mitarbeitenden einen Coworking-Space in Aachen bieten zu können, der multifunktional eingesetzt werden kann. Dies kann auch einen Beitrag zur Verringerung der Mobilitätsnotwendigkeiten leisten.



Fraktionen im Rat der Stadt - 52062 Aachen

#### **Geschäftsstellen**

Verwaltungsgebäude Katschhof  
Johannes-Paul-II.-Straße 1  
52062 Aachen

**SPD** 0241 / 432 -7215

**Zukunft** 0241 / 432 -7266

**Linke** 0241 / 432 -7244

#### **BESCHLUSSENTWURF ZUM**

#### **ANTRAG ZUR TAGESORDNUNG FÜR DIE RATSSITZUNG AM 16. FEBRUAR 2022 - TOP 16**

#### **Resolution zur drohenden Standortschließung der Bezirksregierung Köln am Standort Aachen - die Arbeitsplätze müssen in Aachen erhalten bleiben**

Seit über 20 Jahren ist die Bezirksregierung Köln am Standort Robert-Schumann-Straße in Aachen beheimatet. Dieser Außenstandort kann auf eine lange Tradition zurückblicken, eröffnet der Bezirksregierung einen besonderen Zugang zum Hochschulstandort Aachen und steigert so auch die Attraktivität der Bezirksregierung als Arbeitgeberin. Auch für die Region und das Oberzentrum Aachen im Westen des Landes ist der Standort wichtig.

Er umfasst nicht nur fast 200 Arbeitsplätze, sondern ist auch ein Bekenntnis der Bezirksregierung Köln zur Region, nachdem der Regierungsbezirk Aachen zu Beginn der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts aufgelöst und das Rheinische Straßenbauamt (Landesbetrieb Straßen NRW) nach Euskirchen verlagert wurde. Die geplante Verlagerung des Standortes kam für alle Beteiligten völlig unerwartet und ohne Vorankündigung.

Der Rat der Stadt Aachen setzt sich für den Erhalt der Arbeitsplätze am Standort Aachen ein. Gemeinsam fordert er die handelnden Akteur:innen bei der Bezirksregierung, beim Land und beim BLB dazu auf, folgende Schritte einzuleiten:

1. Die Bezirksregierung soll die Zukunft des Standortes Aachen sichern. So können die Arbeitsplätze vor Ort erhalten bleiben und ebenso das Bekenntnis der Bezirksregierung zur Region.
2. Die Landesregierung soll der Bezirksregierung ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, damit sowohl für die neuen Kolleg:innen am Standort Köln, als auch für die Kolleg:innen am Standort Aachen angemessene Räumlichkeiten angemietet werden können.

3. Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW soll in die Lage versetzt werden, seinen Aufgaben nachzukommen. Es ist nicht vermittelbar, dass am Stammhaus der Bezirksregierung in Köln seit 10 Jahren der Gartentrakt leer steht und auf die notwendige Sanierung warten muss. Dies ist nur ein Beispiel für zahlreiche Immobilien des BLB, die nicht sinnvoll genutzt werden können, da dem BLB die notwendigen Mittel vorenthalten werden.

Es muss für alle handelnden Akteure ein Alarmsignal sein, wenn die Bezirksregierung landeseigene Immobilien leerzieht, um sich bei privaten Immobilienbesitzer:innen einzumieten. Solange der BLB nicht gewährleisten kann, seine Immobilien im akzeptablen Zustand zu konkurrenzfähigen Preisen an landeseigene Institutionen zu vermieten, wird an der falschen Stelle gespart.

Auch drängt man die Bezirksregierung durch ein zu niedriges Mietbudget zu diesem Schritt. Die Landesregierung hat es in der Hand dieses Problem zu lösen. Solange dieser Zustand anhält, wird Steuergeld unnötig verschwendet und allen Beteiligten entsteht ein vermeidbarer Schaden.

Fraktionen im Rat der Stadt – Verwaltungsgebäude Katschhof – Johannes-Paul-II-Str. 1 - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin  
Sibylle Keupen  
Rathaus/Markt  
52058 Aachen

Aachen, 30.03.2022

## **Resolution des Rates der Stadt Aachen Drohende Standortschließung der Bezirksregierung Köln – Erhalt der Arbeitsplätze in Aachen**

Seit über 20 Jahren ist die Bezirksregierung Köln am Standort Robert-Schumann-Straße in Aachen beheimatet. Dieser Außenstandort kann auf eine lange Tradition zurückblicken, er eröffnet der Bezirksregierung einen besonderen Zugang zum Hochschulstandort Aachen. Auch für die Region und das Oberzentrum Aachen im Westen des Landes ist der Standort wichtig.

Der Rat der Stadt Aachen setzt sich dafür ein, den Standort Aachen und die damit verbundenen Arbeitsplätze zu erhalten und zu sichern.

Er umfasst nicht nur fast 200 Arbeitsplätze, sondern ist auch ein Bekenntnis der Bezirksregierung Köln zur Region, nachdem der Regierungsbezirk Aachen zu Beginn der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts aufgelöst wurde.

Die Aachener Ratsfraktionen halten es weiterhin für sinnvoll und richtig, dass eine Behörde wie die Bezirksregierung des Regierungsbezirkes Köln auch in Teilen dezentral organisiert ist, um in die lokalen und regionalen Fragestellungen und Bedürfnisse eingebunden zu werden und so die Vernetzung in die Kommunen besser zu gewährleisten.

Darüber hinaus können bei den heutigen technologischen Möglichkeiten der Arbeitsorganisation die Aufgaben auch weiterhin vor Ort in Aachen erledigt werden.

Die geplante Verlagerung des Standortes kam für alle Beteiligten völlig unerwartet und ohne Vorankündigung. Zu Irritationen haben zudem die geplanten Konsequenzen für die Unterbringung der verlagerten Arbeitsplätze in Köln geführt. Das Leerziehen landeseigener Immobilien und die Anmietung von Räumlichkeiten auf dem teuren Kölner Immobilienmarkt schafft keine sinnvolle Alternative zum Erhalt der Arbeitsplätze in Aachen.



Monika Wenzel

*Fraktionssprecherin GRÜNE*



Iris Lürken

*Fraktionsvorsitzende CDU*



Michael Servos

*Fraktionsvorsitzender SPD*



Jörg Bogoczek

*Fraktionssprecher DIE Zukunft*



Wilhelm Helg

*Fraktionsvorsitzender FDP*



Leo Deumens

*Fraktionsvorsitzender DIE LINKE*